

*(Die folgende Serie von Frankreich-Essays erschien zwischen dem
25. April und 4. Mai 2017)*

Mit atemberaubender Geschwindigkeit hat das politische
Establishment Frankreichs seine bisherigen Parteien verabschiedet.
Ein „unabhängiger“ Präsidentschaftskandidat soll nun
zum Retter Frankreichs und Europas werden.
(Das Macron-Fieber, Teil 1)

Von Hollande zu Macron

Von Gerd Held

Es war atemberaubend. Wenige Tage, ja Stunden, nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Frankreich warfen sich Politiker aller Couleur auf einen Namen: Emmanuel Macron. Auf einmal kennen sie ihre alten Parteien nicht mehr. „Macron“ ist alles. Er ist der magische Punkt, auf den alles zuläuft. Er soll die vielbeschworene „Mitte“ sein, um die sich die Zukunft Frankreichs dreht. Mehr noch: die Zukunft von ganz Europa. Alle wollen sie dabei sein: Sowohl der bisherige Präsident Hollande als auch der „bürgerliche“ Kandidat Fillon rufen zur Wahl Macrons auf. Die EU-Spitze (in Gestalt von Juncker und Mogherini) hat ihn zu ihrem Kandidaten gekürt. Und auch führende deutsche Politiker - Gabriel, Schulz und Schäuble – heizen das Macron-Fieber an.

Hat man genauer hingeschaut, wofür dieser Emmanuel Macron steht? Wer dieser Mann eigentlich ist? Wer genauer wissen will, womit denn die Hoffnung auf den „unabhängigen“ und „dynamischen“ Kandidaten begründet wird, findet wenig. Seine Positionen sind irgendwie „gemäßigt“, ein Signal in jede Richtung, ein Sowohl-als-auch. Die Positionen scheinen gefunden worden zu sein, indem man die bestehenden Trends beobachtet und dann den Punkt sucht, wo sie sich irgendwie schneiden. Ob sich die Lösungen gegenseitig lähmen und ob sie der Lage des Landes angemessen sind, tritt dabei in den Hintergrund. Und die Vorgeschichte des Kandidaten? Sieht man von der etwas pikanten Tatsache ab, dass Macron längere Zeit in einem der großen und staatsnahen Bankhäuser tätig war und es in seinem Ministeramt unter Hollande nur kurz ausgehalten hat, erscheint er als ein ziemlich unbeschriebenes Blatt. So ist die Hoffnung, die man auf diesen Kandidaten setzt, eine sehr spekulative Hoffnung. Zur Erinnerung: Von der Mehrheit, die in Großbritannien für den Brexit stimmte, wird in EU-Europa behauptet, sie habe „nicht gewusst, wofür sie stimmt“. Wie müsste wohl, würden die gleichen Maßstäbe angelegt, die Macron-Mehrheit beurteilt werden?

Es macht daher Sinn, sich genauer anzuschauen, wie Frankreich in eine so spekulative politische Situation hineingeraten ist. Und welche Realitäts-Schocks zu erwarten sind.

Francois Hollande lässt grüßen

Bereits in der Präsidentschaftskampagne von Francois Hollande hatte es einen deutlichen Trend gegeben, dass sich der Amtsanwärter von seiner Partei absetzte und sich als „einsamer Kandidat“ präsentierte. Am 24.1.2012 erschien im Feuilleton der FAZ ein enthusiastischer Artikel. Unter dem Titel „Kleiner Mann, große Rede“ berichtet der Autor, Nils Minkmar, über einen „historischen Auftritt“ von Francois Hollande in der Präsidentschafts-Kampagne: *„Francois Hollande ist die dreidimensionale Version einer Zeichnung von Sempé: Mann im grauen Anzug blinzelt ratlos der Welt entgegen...Dann hat er am Sonntag diese Rede gehalten, seitdem ist alles anders. Der Zeitpunkt war perfekt gewählt: Sarkozy hat sich verausgabt, die Herabstufung (von Frankreich an den Finanzmärkten, GH) hat ihm geschadet, die Leute sind seiner überdrüssig. Hollande hat sich lange im Stillen vorbereitet, hat die Mitarbeiter zuliefern lassen und dann die Rede neu geschrieben, mit der Hand...Es begann mit einem Satz von geradezu literarischer Schlichtheit: 'Ich bin gekommen, um über Frankreich zu sprechen'... Die Bezüge des Präsidenten und der Minister wird er um dreißig Prozent kürzen. Nicht auf Paläste und Entourage kommt es ihm an, sondern auf Überzeugungskraft: 'Echte Autorität zeichnet sich durch Bescheidenheit aus'. Es ist eine Abrechnung mit dem derzeitigen Amtsinhaber, den er nicht ein einziges Mal beim Namen nennt. Sein wahrer, einziger Gegner, sagte er, habe kein Gesicht und keinen Namen und keine Partei, das seien die Finanzmärkte...“* Dieser Francois Hollande hat dann tatsächlich gewonnen, in diesem Punkt hat der FAZ-Autor recht behalten. Aber alles, was er als historische Kraft und stille Größe des Kandidaten beschworen hat, ist schmählich gescheitert. Hollande hat sich als Mann der Netzwerke erwiesen, als rücksichtsloser Strippenzieher und als unberechenbarer, wankelmütiger Politiker. Am Ende seiner Präsidentschaft hinterlässt er ein destabilisiertes Land.

Der trügerische Schein der Unabhängigkeit

Ein Artikel im „Figaro“ über die soziale Zusammensetzung der Hollande-Mehrheit (erschieden am 19.6.2012, also zu Beginn seiner Amtszeit) enthält ein interessantes Detail: Im Parlament dominieren die kleinen und mittleren Beamten, während die Regierung und die Ministerien von Absolventen der Elite-Schulen der Verwaltung, insbesondere von der Ecole Nationale d'Administration (ENA) dominiert werden – und zwar stärker als unter dem Vorgänger Sarkozy. 58% der hohen Regierungsbeamten sind Absolventen der ENA, während es vorher 43% waren. Von einer größeren „Basisnähe“ durch Hollande konnte also nicht die Rede sein. Zu diesem Presseauschnitt habe ich damals notiert: *Francois Hollande ist in einer merkwürdigen Unschuld ins höchste Amt Frankreichs gelangt. Er ist aufgetreten mit dem gewollt naiven Charme des 'einfachen Mannes', der ehrlich – beinahe hilflos – dem großen Getriebe der Schuldenkrise und der Weltpolitik gegenüberzusteht. Hollande kokettierte damit, dass er selbst am meisten über seinen Erfolg auf der Bühne der Politik erstaunt sei. Für einen Moment hatte die französische Politik etwas rein Persönliches, ja Intimes, bekommen. Ein einzelner Mensch schien das höchste Amt zu erobern. Francois Hollande hat dies Bild des einfachen und einsamen Mannes, der dem Machtbetrieb von Wirtschaft und Politik gegenübertritt, meisterhaft gespielt. Doch mit der Regierungsbildung und der Erringung einer parlamentarischen Mehrheit zeigt sich nun, dass der einsame Präsident so einsam nicht ist. Die bekannten Gesichter sind wieder zur Stelle, die Umverteilungsmaschinerie übernimmt wieder das Kommando.*

In diesem Licht betrachtet, ist der „unabhängige Kandidat“ Emmanuel Macron eine Neuauflage von Hollande. Auch er erweckt den Eindruck, allein zu stehen und nur seiner eigenen Einsicht zu folgen. Er hat die Rolle des Unabhängigen noch ausgebaut. Macron hat nur eine

kurze Zeit sein Ministeramt ausgeübt. Die Möglichkeit, zunächst einmal über längere Zeit praktische Regierungserfahrung zu erwerben, war ihm nicht wichtig. Stattdessen hat er frühzeitig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gesucht – mit begrenzten Konflikten und Absetzbewegungen von der Sozialistischen Partei. Aus der Regierung ausgeschieden gründete er kurzerhand seine eigene „Bewegung“ („En marche“) und verkündete gleich nicht weniger als eine „Revolution“ (so der Titel seines Selfie-Buches).

Alles erscheint möglich

Getrennt vom Parteiapparat der französischen Sozialisten scheint Emmanuel Macron freischwebend und geradezu schwerelos jeden Gipfel der Politik erklimmen zu können. Macron hatte in seiner kurzen und steilen Karriere bisher keine längere Durststrecke zu bestehen. Wer seine Rede am Abend des ersten Wahlgangs verfolgte, fühlte sich an jene Sympathie-Phrasen erinnert, die die Sieger von Castingshows von sich geben. Er erscheint wie ein Synthetik-Produkt, seine Gesten wirken wie aus Plastik geformt. Es fehlt das Sperrige - das krumme Holz, aus dem das wirkliche Leben gemacht ist. Doch gereicht ihm das bisher keineswegs zum Nachteil. Es macht ihn für viele zur Idealbesetzung einer Politik, die alle Probleme durch ein vermittelndes Sowohl-als-Auch regelt – und die kein „Hier steht Frankreich und kann nicht anders“ kennt.

Die Parteien, die Frankreich in den letzten Jahrzehnten geführt haben, haben sich fast geräuschlos von der Bühne verabschiedet. Und aus dem Ausland wird ihm zugejubelt, als wäre hier der neue Obama gefunden. Auch die großspurigsten historischen Vergleiche werden nicht gescheut. Michaela Wiegel, Frankreich-Korrespondentin der FAZ, die noch vor wenigen Wochen in einem Beitrag für das Magazin der Bundeszentrale für Politische Bildung den sozialistischen Kandidaten Hamon zum Hoffnungsträger ausgerufen hatte, ist im FAZ-Leitartikel am 25. April, nun zu Macron übergelaufen: *„Macron hat das Charisma, das Selbstbild Frankreichs zu verändern. Er knüpft an eine alte französische Tradition an, jungen Talenten zu vertrauen. Louis-Napoléon Bonaparte war gerade 40 Jahre alt, als er 1848 zum Präsidenten gewählt wurde. Sein großer Onkel, Napoléon Bonaparte, war sogar erst 30 Jahre alt, als er 1799 in Paris nach der Macht griff.“*

Die Entzauberung der Unabhängigkeit

Es könnte allerdings passieren, dass ein Präsident Macron noch schneller entzaubert wird, als das bei seinem Vorgänger der Fall war. Das beginnt schon damit, dass nach der Wahl zum Präsidenten noch ein dritter Wahlgang wartet - die Wahlen zum Parlament. Hier muss Macron eine dauerhafte parlamentarische Mehrheit finden. Spätestens hier kann er nicht mehr „allein“ bleiben. Er muss auf die Parteien(reste) zurückgreifen, die jetzt von der politischen Bühne verschwunden sind – also auf die Sozialisten. Und ohne einen Rückgriff auf deren linken Flügel (Hamon), auf Parteigänger der Linkspartei (Mélenchon) und der Grünen, wird es zu einer Mehrheit nicht reichen. Es könnte also in ein paar Wochen passieren, dass die Franzosen aufwachen und ein böses Deja-Vu erleben: Sie finden sich mit Macron in exakt in derselben Konstellation wieder, die sie die vergangenen fünf Jahre unter Hollande hatten...

2013 beschrieb Günter Nonnenmacher in einem Leitartikel der FAZ unter der Überschrift „Das deutsch-französische Dilemma“ eine im Grunde aussichtslose Situation: *„Doch die Frage ist, ob Hollande einen Kurswechsel überhaupt wagen kann. Er drückt sich vor schmerzhaften Reformen, weil unsicher ist, ob seine Mehrheit im Parlament sie mittragen*

würde.“ Nonnenmacher zählt die Linkspartei Mélenchons, die Kommunisten, die Grünen und den linken Flügel der Sozialisten auf. Weil Hollande durch diese Umstände an einschneidenden Reformen gehindert würde, würde der Abstand zu Deutschland immer größer, wodurch wiederum der Unmut in Frankreich wachse. „*Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist nicht in Sicht*“ ist der Schlusssatz des Leitartikels.

Das ist nicht viel, wenn man heute erklären will, warum ein Präsident Macron nun der endlich gefundene große Hoffnungsträger ist. Was 2013 für Hollande gilt, gilt 2017 für Macron. Er hätte – würde er wirklich etwas Einschneidendes unternehmen wollen - exakt dieselben Mehrheitsprobleme im Parlament. Was sollte er können, was Hollande offenbar nicht gekonnt hat?

Man sollte allerdings prinzipieller fragen. Selbst wenn es Macron gelänge, zunächst eine halbwegs treue Parlamentsmehrheit hinter sich zu bringen – wird das reichen, um Frankreich aus seiner existenziellen Krise herauszuführen? Man denke an den Reformen Renzi in Italien, der eine solche Mehrheit zu Beginn seiner Amtszeit hatte und scheiterte. Es ist ein Irrglaube, dass in einem modernen industriellen und demokratischen Land eine „dynamische Persönlichkeit“ genügt, um eine Veränderung herbeizuführen, die die Arbeitsweise dieses Landes betrifft. Es mag ja sein, dass sich in der Personalisierung der Politik – wie man sie auch in anderen Ländern, Deutschland eingeschlossen, findet – die „Individualisierung der Gesellschaft“ spiegelt. Aber diese Individualisierung ist im Wesentlichen nur ein frommer Glaube an die Individualisierung. In der Realität ist ein hochentwickeltes Land immer noch eine große, vielseitig verzahnte Maschine, die ohne die Mitwirkung von Millionen niemals nachhaltig umgebaut werden kann. In einer existenziellen Krise ist die Personalisierung der Politik völlig unzureichend. Ihr fehlt der Unterbau, um wirkliche Einschnitte durchzuführen. Und ihr fehlt die Dauerhaftigkeit, um diese Einschnitte über längere Zeit durchzuhalten. Um das zu schaffen – unter demokratischen Umständen – braucht es politische Parteien als eigene Instanz der Richtungsgebung.

Über den Satz „Europa ist erleichtert“

Nach dem ersten Wahlgang in Frankreich lautete vielfach wiederholte Schlagzeile: „Europa ist erleichtert“. Eine merkwürdige Leichtigkeit ist das. Hat man schon vergessen, dass in Frankreich seit über einem Jahr der Ausnahmezustand verhängt ist? Das bedeutet ja nicht weniger, als dass die rechtsstaatliche Ordnung in einem europäischen Kernland auf dem Spiel steht. Und es gibt nicht den geringsten Grund zur Entwarnung. Wie kann man da irgendein Gefühl der „Erleichterung“ empfinden? Dazu kommt ein zweiter Ausnahmezustand: Die wirtschaftliche Stagnation und das Wachstum der Staatsschulden werden immer bedrohlicher. Dass es sich hier um einen Ausnahmezustand handelt, ist aber noch gar nicht anerkannt. Man geht, nicht nur in Frankreich, davon aus, dass die Lage irgendwie „durch Zusammenstehen“ im Rahmen der Europäischen Union in Schach gehalten wird. Da ist der Jubel über den „Pro-Europäer“ Macron im Grunde ein Zirkelschluss. Man kommt von der Stabilität der europäischen Gesinnung zur Stabilität Frankreichs, die wiederum das „europäische Projekt“ garantieren soll.

In Wirklichkeit meint der Satz „Europa ist erleichtert“, der so anmaßend vorgibt, im Namen eines ganzen Kontinents zu sprechen, gar kein eigenes Regierungsprogramm. Man ist nur erleichtert, weil „die Anderen“ (die bösen Rechtspopulisten) **nicht** gewonnen haben. Man freut sich nicht darüber, dass man nun etwas gestalten kann. Nein, dies „Europa“ hat eigentlich nichts vor. Man möchte nur, bitte schön, die eigenen Positionen behalten. So spricht keine re-

gierende Elite, sondern eine herrschende Klasse. Nicht zufällig gibt es in Frankreich das zornige Wort von der „classe européenne“.

Den Auflösungsprozess der Republik verhindern

In dem unabhängigen Kandidaten Macron drückt sich ein Auflösungsprozess aus. Die französische Politik verabschiedet sich von den Parteien, die bisher noch für den Verantwortungsrahmen der Fünften Republik standen, also für eine politische Selbstverantwortung Frankreichs. Man kann mit Recht sagen, dass die Regierungsparteien der vergangenen Jahre und Jahrzehnte dieser Verantwortung nicht gerecht geworden sind. Aber die Lösung „Macron“ ist eine Flucht ins Offene, ins Verschwommene, ins Niemandland des Globalen. In dieser Richtung wird es keine Lösung geben. Es wird nur eine zunehmende Entfremdung der wirtschaftlichen und politischen Eliten von den Realitäten im Land geben. Aus dieser Sicht ist das Macron-Fieber und die Selbstentmachtung der politischen Parteien in Frankreich keine gute Nachricht. Und auch die Dämonisierung der Front National Marine Le Pens ist keine gute Nachricht. Denn diese Partei ist im Augenblick das einzige größere Gegengewicht gegen die politischen Auflösungstendenzen. Sie übt auch einen nützlichen Erneuerungsdruck auf die Parteienlandschaft aus.

Mit seinen Europa-Plänen entpuppt sich der „liberale“
Präsidentschafts-Kandidat als Euro-Sozialist. Von einem Europa
selbstverantwortlicher Länder sind wir weiter entfernt denn je.
(Das Macron-Fieber, Teil 2)

Macrons europäische Transferunion

Von Gerd Held

Es gibt in diesen Tagen ein denkwürdiges Zusammentreffen zweier Vorgänge: Auf der einen Seite haben führende Vertreter der EU, der Kommissionspräsident und die deutsche Kanzlerin vorneweg, sich mächtig gegenüber Großbritannien in Pose geworfen. Man will London erstmal dazu zwingen, für den EU-Austritt zu „bezahlen“, bevor man überhaupt ein Angebot für zukünftige Beziehungen macht. Auf der anderen Seite feiern die Regierenden einen französischen Präsidentschafts-Kandidaten als Hoffnungsträger Europas. Überall ist das Macron-Fieber ausgebrochen. Während der Feind in Großbritannien ausgemacht ist, soll der Retter aus Frankreich kommen.

Wie oft wurde schon in deutschen Medien die Behauptung wiederholt, die Briten hätten nicht gewusst, was sie erwartet, wenn sie für den Brexit stimmen. Aber weiß man in Frankreich eigentlich, was man mit einem Präsidenten Emmanuel Macron bekommt? Und wissen die Eu-

ropäer, was für ein Risiko sie eingehen, wenn sie die Zukunft der europäischen Beziehungen so sehr an die Besetzung der französischen Staatsführung binden?

Wofür steht Macron? Abgesehen davon, dass die Aussagen des „unabhängigen“ Kandidaten sehr sprunghaft und plakativ sind, fällt **ein Missverhältnis** zwischen seinem französischen und seinem europäischen Ehrgeiz auf. Macron ist sehr zurückhaltend, was die inneren Reformen Frankreich betrifft. Seine Kürzungsvorschläge im übermächtigen Öffentlichen Dienst zeugen von wenig Konfliktbereitschaft. Das Renteneintrittsalter von 62 Jahren soll beibehalten werden. Auch bei der Reduzierung von Staatsdefizit und Staatsschulden unterscheidet er sich kaum von der Politik Hollandes seit 2014. Diese Zurückhaltung im Inneren wird durch sehr weitgehende „Europäisierungen“ kontrastiert. Gleich im ersten Punkt von Macrons Wahlmanifest heißt es: *„Um viel mehr als heute investieren zu können, wollen wir ein Eurozonen-Budget“, das von einem Parlament der Eurozone beschlossen und von einem Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone umgesetzt wird.*“ Macron schlägt gemeinsame Anleihen aller Euro-Länder (Eurobonds) vor, die Vollendung der sog. „Bankenunion“ durch eine gemeinsame Einlagensicherung, sowie eine gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung. Lauter Vergemeinschaftungen also. Würden sie verwirklicht, würde die EU definitiv zur Transferunion. Der Euro-Liberale entpuppt sich als Euro-Sozialist.

Neue Mehrheitsverhältnisse in der EU

Hans-Werner Sinn hat in einem Beitrag für die FAZ (16.3.2017) genau auf dies Missverhältnis zwischen innerer und äußerer Krisenbewältigung hingewiesen: *„Macron schlägt den Franzosen ein Programm vor, das ihnen selbst Entbehrungen erspart, und sucht stattdessen mit Deutschland den Schulterchluss für ein gemeinsames Eurobudget, Eurobonds, eine gemeinsame Einlagensicherung und eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung.*“ Sinn macht darauf aufmerksam, dass durch den Brexit der bisherige „D-Mark-Block“ (Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Finnland) kleiner wird und nicht mehr die Sperrminorität von 35% der EU-Gesamtbevölkerung (nach dem Lissabon-Vertrag) erreicht. Dieser Block habe bisher einen gewissen Schutz gegen stabilitätsgefährdende Beschlüsse dargestellt. Dieser Schutz fehlt bald.

Es geht also nicht darum, der Person Macron eine dämonische Kraft anzudichten. Sein Programm könnte Wirklichkeit werden, weil er im Rahmen einer neuen EU-Konstellation an die Macht kommen würde. Hier gibt es gewissermaßen einen „natürlichen Tendenz“, die neuen Mehrheitsverhältnisse zu nutzen, und dafür wächst Frankreich die Schlüssel- und Führungsrolle zu.

Genau an dieser Stelle passt dann die Figur des jung-dynamischen Retters Macron besonders gut. Für eine Vergemeinschaftung der Defizite ist ein Politiker, der das Image des Liberalen hat und daher unter keinem Links-Verdacht steht, die Idealbesetzung. Das ist die gefährliche Seite dieser uns so freundlich zuwinkenden Kandidatur: Sie enthält einen Keim zur Erpressung - frei nach dem Motto „Ihr werdet den von Euch so geliebten jung-dynamischen Macron doch nicht im Regen stehen lassen. Ihr müsst ihm Erfolge zugestehen.“ Mit einem Macron-Frankreich wird die Gefahr einer Achsenverschiebung der EU real – weil sie im „liberalen“ Gewand daherkommt.

Die „besondere Beziehung“ zwischen Paris und Brüssel

Aber ist die Europäische Union nicht eine auf Verträgen beruhende Gemeinschaft? Ist damit eine Achsenverschiebung nicht ausgeschlossen? Nein, ist sie nicht. Denn es gibt in der EU zunehmend Vorgänge, die an der Geltungskraft der Verträge zweifeln lassen. Bei diesen Vorgängen spielt Frankreich nicht nur eine Nebenrolle.

Im Jahr 2016 erschien in Frankreich ein Buch mit dem Titel „Un président ne devrait pas dire ça“ („Ein Präsident sollte das nicht sagen“) erschienen, in dem die beiden „Le Monde“-Journalisten Gerard Davet und Fabrice Lhomme ausführlich aus insgesamt 61 Gesprächen zitieren, die sie seit 2012 mit dem Präsidenten Hollande geführt haben. Dort plaudert der Präsident ganz unverblümt vom politischen Geschäft. Und an einer Stelle spricht er von einer geheimen Abmachung mit der EU-Kommission, die Frankreich eine mehrjährige Fristverlängerung für die Überschreitung der 3-Prozent Grenze erlaubt hätte. Dabei, so Hollande, habe der Vertreter der EU-Kommission folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

„Wir ziehen es vor, wenn Sie weiterhin die 3 Prozent öffentlich als Ziel anstreben, denn dann können wir besser mit den anderen Ländern umgehen...Wir bewilligen Ihnen ein gewisses Entgegenkommen beim Rhythmus, der Ihren Vorstellungen der Haushaltsplanung entspricht. Und wenn es dann nicht die 3 Prozent werden, dann werden wir Ihnen dafür nicht die Schuld geben.“ Hollande spricht in diesem Zusammenhang wörtlich von einem „geheimen Vertrag“. Er sagt auch ganz offen, seine Regierung habe von vornherein gewusst, dass sie die erklärten Haushaltsziele nicht erreichen würden: *„Wir wussten, dass wir nicht bei 3 Prozent ankommen werden. Aber wenn wir das von Anfang an gesagt hätten, wären wir nicht als seriös eingeschätzt worden.“* Die Sonderbehandlung Frankreichs durch die EU-Kommission erklärt Hollande als „das Privileg der großen Länder“: *„Wir sind eben Frankreich, wir schützen euch, wir haben eine Armee, eine Kapazität der Abschreckung, eine Diplomatie.“* Die Europäer wüssten, *„dass sie uns brauchen. Und das hat eben seinen Preis, der gezahlt werden muss.“* (zit. nach einem Artikel in der FAZ vom 18.10.2016)

Grundlegende Verträge der EU sind faktisch außer Kraft gesetzt

Diese Passagen belegen nicht nur, dass Paris in Bezug auf die Stabilitätskriterien betrogen hat. Hier wurde im Zusammenspiel mit Brüssel ausdrücklich und heimtückisch der Maastrichter Vertrag (ein Zentralpunkt des ganzen EU-Vertragssystems) umgangen. Und nach Bekanntwerden dieser Äußerungen Hollandes wurde nicht etwa eine Untersuchung und ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Sondern der Vorgang wurde möglichst geräuschlos („so ist es halt“) in die Ablage befördert. Aber hier ist an einem Punkt tatsächlich belegt, dass die Europäische Union neben und außerhalb der geschlossenen Verträge arbeitet. Und es ist kein nebensächlicher Punkt, sondern hier wird die Geltung einer Norm verletzt, die für die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit grundlegend ist. Dieser Vorgang ist auch deshalb von großer Tragweite, weil er belegt, dass es in der EU eine Grauzone außervertraglicher Beziehungen gibt, in denen ein Zustand organisierter Willkür herrscht. Willkür bedeutet, dass sich meistens das Recht des Stärkeren durchsetzt – in diesem Fall das Recht der größeren Länder wie Frankreich.

Ähnliches kann man auch mit Fug und Recht von einem zweiten Vertrag sagen: dem Schengen-Vertrag, der das verbindliche Verhältnis zwischen dem Schutz der EU-Außengrenzen und der Öffnung der EU-Binnengrenzen regeln soll. Dieser Vertrag wurde und wird systematisch gebrochen. Doch wird auch hier so getan, als gäbe es ihn noch und will in seinem Namen eine Quotenverteilung von Migranten in der EU durchsetzen. „Maastricht“ und „Schengen“ sind grundlegende Bausteine der Europäischen Vergemeinschaftung. Werden diese Bausteine an-

getastet, wird der rechtsstaatliche Charakter der EU angetastet. Die europäische Vergemeinschaftung wird dann zunehmend durch informelle „Beziehungen“ geregelt. Es entsteht eine Doppelstruktur aus Recht und Willkür. Frankreich hat schon bisher gezeigt, dass es auf dieser Doppelklaviatur der Politik zu spielen weiß.

Jetzt muss man damit rechnen, dass die spezielle Beziehung zwischen Paris und Brüssel unter einem Präsidenten Macron eher stärker als schwächer wird. Ein definitiver Schritt in eine europäische Transfer-Union ist also nicht nur eine theoretische Gefahr, sondern eine ganz akupraktische Gefahr.

Man sagt „Europa“ und meint „Kredit“

Es ist in diesen Tagen viel davon die Rede, dass Deutschland und Frankreich unbedingt „zusammenstehen“ müssen. Dass wir in den Wahlen des Jahres 2017 eine „proeuropäische Haltung“ zeigen müssen. Und tatsächlich wird auf manchen Plätzen schon jeden Sonntag eifrig mit dem EU-Fähnchen gewunken. Aber ein Blick auf die immens gewachsene Schuldenlast in Europa zeigt, dass es weniger um edle Freundschaft geht und mehr um „das Geld der Anderen“. Die Schieflage von Wirtschaft und Staatsfinanzen wird mittels eines Transfer-Systems von Kredit und Subvention durch EZB und EU in Schach gehalten. Halb Europa baut auf die Bonität Deutschlands und Deutschland möchte seinerseits unbedingt seine günstige Exportposition ausbauen. Diese grenzüberschreitende Kombination von Schieflagen ist das Geschäftsgeheimnis der vielbeschworenen „europäischen Lösungen“.

Aber diese Lösungen sind nicht nachhaltig, weil sie äußerlich bleiben. Die Defizite und Schulden wachsen ja Monat für Monat immer weiter. Auch sind die Grenzen der deutschen Exportüberschüsse schon deutlich sichtbar. Ein europäischer Bilanzausgleich, der zwischen den Überschüssen einer Minderheit von Ländern und den Defiziten einer Mehrheit hergestellt werden soll, kann nicht gelingen. Eben so wenig kann eine Schieflagen-Kombination zwischen Deutschland und Frankreich funktionieren. Ein solcher „Kern“ Europas würde auch Gift für das deutsch-französische Verhältnis sein, weil er beide Nationen in einer schlechten, entwürdigenden Rolle fixiert.

Das sollte man bedenken, wenn man die Vorschläge des „Europa-Kandidaten“ ernsthaft prüft. Soll das wirklich der europäische Zukunftsentwurf sein? Und sollen wirklich die Macrons dieser Welt die Europäer des 21. Jahrhunderts sein?

Es wird Zeit, eine Gegenrechnung zu machen

Wenn man diesen Aussichten einmal etwas länger ins Auge blickt, kann man schon auf die Idee kommen, einmal ganz nüchtern seine eigene Gegenrechnung zu machen. Ist ein „nationaler“ Kurs nicht enger bei den wirklichen (inneren) Problemen des Landes? Und fahren nicht auch die anderen Länder in Europa besser, wenn sie es mit einem selbstverantwortlichen Frankreich zu tun haben?

Die Entscheidung in Frankreich fällt jetzt zwischen dem „parteilosen“ Kandidaten Emmanuel Macron und der Kandidatin der Front National, Marine Le Pen. In dieser Gegenüberstellung liegt eine tiefere Wahrheit. Sie enthält eine längerfristige Perspektive, die über die heutigen Akteure hinausweist. Es zeichnet sich eine neue Gruppierung der politischen Kräfte ab, die die politische Landschaft der kommenden Jahre und Jahrzehnte prägen könnte. Wie wäre diese Gruppierung zu beschreiben?

Provisorisch könnte man davon sprechen, dass auf der einen Seite (Macron) eine Politik ohne feste Grenzen und Bestände steht, in der globale (europäische) Aushandlungsprozesse alles Wesentliche regeln. Diese Politik nimmt für sich „Offenheit“ in Anspruch und will Frankreich nur soweit repräsentieren, wie es europäisiert ist. Auf der anderen Seite (Le Pen) sammeln sich die Kräfte, die eine Politik auf Grundlage der begrenzten Bestände, Verhältnisse und Interessen eines Landes anstreben. Für sie ist politische Legitimität nur möglich, wenn sie sich im Rahmen eines „kompakten“ Staatswesens arbeitet und sich in der Kontinuität eines bestimmten Staatsvolks zu verantworten hat. Dieser politische Pol geht davon aus, dass ein anderer, größerer Verantwortungsrahmen nicht zur Verfügung steht und deshalb die Nationen nach wie vor die grundlegende politische Instanz sind.

Man könnte auch sagen, dass sich ein diffuser, ins Globale aufgelöster Liberalismus und ein Liberalismus begrenzter, nationaler Verfassungsstaaten gegenüberstehen. Die globalisierende Option hat jetzt einen „unabhängigen“ Kandidaten hervorgebracht, der die etablierten Regierungsparteien auf der linken und rechten Seite außer Funktion setzt und damit die Konturen der französischen Demokratie zum Verschwimmen bringt. Das „offene Frankreich“ verschlingt seine Parteien. Auf der anderen Seite hat die Option der nationalstaatlich begrenzten Verantwortung eine Partei neu hervorgebracht, die bereits einige Stürme überstanden hat. Sie ist zunächst als eine „extreme“ Partei entstanden, die sich durch Radikalopposition gegen die erodierenden, alten Mehrheitsparteien behaupten musste, und die sich nun von dem Stigma befreien muss, nur eine engstirnige und autoritäre Lösung zu haben.

Es liegt durchaus in der Logik der Sache, dass die Parteibildung in dieser Richtung weitergeht. Es gibt ein bemerkenswertes Faktum, das auch diejenigen, die sich vor allem um „die rechte Gefahr“ in Frankreich (und anderswo) Sorgen machen, nachdenklich stimmen sollte: Über einen längeren Zeitraum betrachtet ist die Front National nicht den Weg einer zunehmenden Radikalisierung gegangen, sondern sie hat Positionen der Mitte neu belebt. Es gibt Anliegen des Bürgertums und der Arbeiterschaft, die mit der Idee selbstverantwortlicher, souveräner Nationen gut zusammenpassen. Diese Idee muss sich auf Dauer auch nicht auf eine Partei beschränken, sondern kann regierungsfähige Mehr-Parteien-Koalitionen zusammenbringen.

In der Entscheidung zwischen dem „unabhängigen“ Kandidaten Macron und der Kandidatin der Front National, Le Pen, kommt eine längerfristige Veränderung der politischen Landschaft zum Ausdruck.

(Das Macron-Fieber, Teil 3)

Frankreichs zukünftige Alternativen

Von Gerd Held

Am kommenden Sonntag wird der nächste Staatspräsident Frankreichs gewählt. Die Entscheidung fällt zwischen dem „unabhängigen“ Kandidaten Emmanuel Macron und der Kandidatin der Front National, Marine Le Pen. In dieser Gegenüberstellung liegt eine tiefere Wahrheit. Hier zeichnet sich eine andere Unterteilung der politischen Kräfte ab als die zwischen Linken und Rechten. Sie könnte die Auseinandersetzung der kommenden Jahre und Jahrzehnte sein. Aber wie wäre diese Unterteilung zu beschreiben? Provisorisch könnte man davon sprechen, dass auf der einen Seite (Macron) eine Politik ohne feste Grenzen und Bestände steht, in der globale (europäische) Aushandlungsprozesse alles Wesentliche regeln. Diese Politik nimmt für sich „Offenheit“ in Anspruch und will Frankreich nur soweit repräsentieren, wie es europäisiert ist. Auf der anderen Seite (Le Pen) sammeln sich die Kräfte, die eine Politik auf Grundlage der begrenzten Bestände, Verhältnisse und Interessen eines Landes anstreben. Für sie ist politische Legitimität nur möglich, wenn sie sich im Rahmen eines „kompakten“ Staatswesens arbeitet und sich in der Kontinuität eines bestimmten Staatsvolks zu verantworten hat. Dieser politische Pol geht davon aus, dass ein anderer, größerer Verantwortungsrahmen nicht zur Verfügung steht und deshalb die Nationen nach wie vor die grundlegende politische Instanz einer modernen Welt sind. So müsste man vielleicht von einer politischen Konstellation sprechen, bei der sich ein diffuser, aufgelöster Liberalismus und ein erneuerter Liberalismus verantwortungsfähiger Nationalstaaten gegenüberstehen.

Merkwürdige Leichtigkeit

In der Endrunde der französischen Präsidentschaftswahlen stoßen beide Alternativen nun deutlicher als zuvor aufeinander. Ist nicht der „unabhängige Kandidat“ Macron eine gerade idealtypische Verkörperung der neuen globalen Offenheit? Getrennt vom Parteiapparat der französischen Sozialisten scheint er freischwebend und geradezu schwerelos jeden Gipfel der Politik erklimmen zu können. Er hatte in seiner kurzen und steilen Karriere bisher keine längere Durststrecke zu bestehen. Wer seine Rede am Abend des ersten Wahlgangs verfolgte, fühlte sich an jene Sympathie-Formeln erinnert, die die Sieger von Castingshows von sich geben. Doch das gereicht ihm keineswegs zum Nachteil. Es macht ihn für viele zur Idealbesetzung einer Politik, die alle Probleme durch ein vermittelndes Sowohl-als-Auch regelt. Und die kein „Hier steht Frankreich und kann nicht anders“ kennt. Sofort nach Macrons Erfolg sind ihm die Sympathien des gesamten Politikestablishments zugeflogen. Die Parteien, die Frankreich in den letzten Jahrzehnten geführt haben, waren auf einmal wie vom Erdboden verschluckt. Und aus dem Ausland wurde ihm zugejubelt, als wäre hier der neue Obama gefunden.

„Europa ist erleichtert“ heißt es. Merkwürdige Leichtigkeit. Hat man schon vergessen, dass in Frankreich seit über einem Jahr der Ausnahmezustand verhängt ist? Das bedeutet nicht weniger, als dass die rechtsstaatliche Ordnung in einem europäischen Kernland auf dem Spiel steht. Und es gibt nicht den geringsten Grund zur Entwarnung. Wie kann man da irgendein Gefühl der „Erleichterung“ empfinden? Dazu kommt ein zweiter Ausnahmezustand: Die wirtschaftliche Stagnation und das Wachstum der Staatsschulden werden immer bedrohlicher. Dass es sich hier um einen Ausnahmezustand handelt, ist aber noch gar nicht anerkannt. Man geht, nicht nur in Frankreich, davon aus, dass die Lage irgendwie durch die Umverteilung von Subvention und Kredit durch EZB und EU in Schach gehalten wird. Man schießt auf die Bonität Deutschlands und Deutschland spielt mit, weil es nur so seine günstige Exportposition fortführen kann. Diese grenzüberschreitende Kombination von Schief lagen ist das Geschäftsgeheimnis der sogenannten „europäischen Lösungen“.

Der Ernst der Alternative

An dieser Stelle wird auch die Gegenposition, die die Kandidatin Marine Le Pen verkörpert, deutlich. Ihr fehlt das Leichte, auch das Triumphierende. Erst recht das spielerische Elegante. Es sind im Grunde ernste Auftritte, die denen verständlich sind, die mit den realen Schwierigkeiten Frankreichs zu tun haben. Die Stimmanteile der Front National sind nicht einfach Sympathiestimmen, die dieser Partei schnell zugeflogen sind. Es sind Stimmen, die erst allmählich und oft nach schlechten Erfahrungen mit anderen politischen Kräften zur Front National gekommen sind. Das Wahlergebnis im ersten Durchgang zeigt die Stabilität dieses Votums. Es ist eine robuste Wählerschaft, die sich nicht einschüchtern lässt. Aber die Stimmen für Marine Le Pen sind kein Votum der nationalen Überheblichkeit. Wo es um die Verteidigung des eigenen Landes geht, braucht man nicht die Herabsetzung anderer Nationen.

Aber offenbar gibt es etwas, das noch verhindert, dass diese „nationale“ Position wirklich mehrheitsfähig wird. Sie erscheint leicht als Position des Rückzugs. Viele Menschen können sich noch nicht vorstellen, wie auf diese Weise wirtschaftliches Wachstum und eine stabilere Welt möglich ist. Die Idee, dass man begrenzten Nationen eine sehr komplexe Welt anvertraut, ist ja keine Selbstverständlichkeit. Sie erfordert den Mut zur Freiheit. Eine Welt der Nationen ist im Grunde eine liberale Ordnungsvorstellung, die darauf baut, dass unabhängige, selbstverantwortliche Einheiten einen größeren Zusammenhang stabil gestalten können – ohne übergreifende Gesamtregierung. Das ist die Alternative, die spätestens seit dem Brexit-Votum auf der historischen Tagesordnung ist.

Auf dem Weg dorthin werden uns noch alle möglichen „leichten“ Scheinlösungen begegnen. Man kann auch nicht sagen, dass die Alternative eines nationalen Verantwortungsliberalismus schon klar ausgebildet ist. So wird Frankreich die Luftnummer namens Macron wohl nicht erspart bleiben.

(Die gesamte Essayfolge erschien bei „Die Achse des Guten“ zwischen dem 24.April und 4.Mai 2017)